

Stand: 06.02.2026 09:36:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1565

"Drogenproblematik in bayerischen Justizvollzugsanstalten?"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1565 vom 10.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2568 des VF vom 16.05.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2684 vom 03.07.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 03.07.2024



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Nicole Bäumler, Sabine Gross, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drogenproblematik in bayerischen Justizvollzugsanstalten?

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Zustände in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Straubing – die sich nach uns vorliegenden Informationen als höchst alarmierend darstellen – zu berichten. Der Bericht soll dabei u. a. umfassend auf die Drogenproblematik, insbesondere auf die Droge „Spice“, sowie auf die Kriminalitäts- und Gewaltsituation in der JVA Straubing eingehen. Es scheint, dass die Sicherheit weder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch für die Gefangenen gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang soll analog und umfassend auch über die Situation in allen anderen bayerischen JVAs berichtet werden.

Insbesondere sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Ist es zutreffend, dass die Droge „Spice“ seit einiger Zeit die JVA Straubing scheinbar unkontrolliert überschwemmt und weder detektiert werden noch beim Nutzer nachgewiesen werden kann? Wie verhält sich dies in den anderen bayerischen JVAs (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs; Zahlen der Vorfälle etc.)?
- Sofern dies in der JVA Straubing so zutrifft, wurden dann konkrete (Gegen-)Maßnahmen ergriffen und falls ja, welche? Sofern sich die Situation in anderen bayerischen JVAs vergleichbar darstellt, gilt es auch hier über die jeweils konkret ergriffenen Maßnahmen, insbesondere auch seitens des Staatsministeriums, zu berichten.
- Welche Erkenntnisse liegen im Hinblick auf den illegalen Handel und illegalen Konsum der genannten Droge, aber auch anderer Drogen, in der JVA Straubing und auch in allen anderen bayerischen JVAs vor und welche Maßnahmen werden dagegen ergriffen?
- Im Hinblick auf die Verbreitung von Drogen in der JVA Straubing wird scheinbar von Bediensteten von einer Quote von mindestens 70 Prozent aller Gefangenen gesprochen. Kann die Staatsregierung dies bestätigen und welche Maßnahmen werden an dieser Stelle ergriffen? Wie verhält sich die Situation in den anderen bayerischen JVAs und welche Maßnahmen werden jeweils dort ergriffen?
- Welche Erkenntnisse liegen zu Gewalttaten unter Drogenabhängigen in der JVA Straubing vor (Anzahl, Häufigkeit etc.)? Wurden bzw. werden hier auch unbeteiligte Gefangene in Mitleidenschaft gezogen? Scheinbar soll die JVA Straubing bei Einschränkungen oder Antragsablehnungen mit dem Argument arbeiten, dass unbeteiligte Gefangene erpresst werden könnten, ist dies zutreffend? Und falls ja, was gedenkt die Staatsregierung hier für Konsequenzen zu ziehen, insbesondere auch zum Schutz der unbeteiligten und nicht süchtigen Gefangenen?

- Welche Erkenntnisse liegen zu Gewalttaten unter Drogenabhängigen in den anderen bayerischen JVAs vor (Anzahl, Häufigkeit etc.)? Wurden bzw. werden auch dort unbeteiligte Gefangene in Mitleidenschaft gezogen? Was gedenkt die Staatsregierung für Konsequenzen zu ziehen, insbesondere auch zum Schutz der unbeteiligten und nicht süchtigen Gefangenen?
- Gab es in diesem Zusammenhang in der JVA Straubing auch Übergriffe bzw. Gewalt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschreibung der Vorkommnisse etc.)? Falls ja, welche Konsequenzen wurden hier gezogen?
- Welche Erkenntnisse und Vorkommnisse gibt es in den anderen bayerischen JVAs im Hinblick auf Übergriffe bzw. Gewalt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschreibung der Vorkommnisse etc.)? Welche Konsequenzen wurden hier jeweils gezogen bzw. was konkret tut das Staatsministerium?
- Nach den uns vorliegenden Informationen sollen Bedienstete in der JVA Straubing, die sich beruflich mit den drogensüchtigen Gefangenen zu beschäftigen haben, aufgrund der Umstände um Bereichswechsel gebeten bzw. Entsprechendes vollzogen haben. Ist dies zutreffend und falls ja, was gedenkt die Staatsregierung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun? Gibt es vergleichbare Fälle in den anderen bayerischen JVAs und welche Konsequenzen wurden dort jeweils gezogen, insbesondere auch seitens des Staatsministeriums?
- Im Hinblick auf Handys kursieren in der JVA Straubing scheinbar Gerüchte, wonach Bedienstete mitinvolviert wären und beim Hineinbringen in die JVA mitverdienen würden. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung hier vor und welche Maßnahme wurden bzw. werden ergriffen – sofern dies zutreffend sein sollte? Liegen vergleichbare Informationen aus den anderen bayerischen JVAs vor und falls ja, welche Maßnahme wurden bzw. werden dort ergriffen?
- Vor dem Hintergrund der berichteten Situation soll weiter berichtet werden, wie sich die Personalausstattung in der JVA Straubing in allen Funktionsbereichen darstellt. Wie stellt sich entsprechend die Personalsituation in allen anderen bayerischen JVAs dar (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs)?
- Wie viele Beamtinnen und Beamte fehlen seit wann in der JVA Straubing? Wie verhält sich dies in den anderen bayerischen JVAs (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs)?
- Wie stellen sich die krankheitsbedingten Fehlzeiten in der JVA Straubing im Vergleich zu anderen JVAs dar (bitte vergleichende Aufschlüsselung der Fehlzeiten aller bayerischen JVAs)?

Begründung:

Nach uns vorliegenden Informationen sind die Zustände in der JVA Straubing im Hinblick vor allem auf die Drogensituation und allem, was damit an Gewalt und Kriminalität einhergeht, höchst alarmierend. Vor diesem Hintergrund soll die Staatsregierung hier einerseits über die Situation in der JVA Straubing, andererseits aber auch über die Situation in den anderen bayerischen JVAs berichten und dabei insbesondere auch etwaige Maßnahmen und Konsequenzen näher erläutern. Ein solcher Missstand, wie er an uns herangetragen wurde, ist – sofern es sich tatsächlich so verhält – mehr als unwürdig für den Justizstandort Bayern.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Holger Grießhammer
u.a. SPD
Drs. 19/1565**

Drogenproblematik in bayerischen Justizvollzugsanstalten?

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

Horst Arnold
Dr. Stephan Oetzinger

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 16. Mai 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Nicole Bäumler, Sabine Gross, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Drs. 19/1565, 19/2568

Drogenproblematik in bayerischen Justizvollzugsanstalten?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Zustände in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Straubing – die sich nach uns vorliegenden Informationen als höchst alarmierend darstellen – zu berichten. Der Bericht soll dabei u. a. umfassend auf die Drogenproblematik, insbesondere auf die Droge „Spice“, sowie auf die Kriminalitäts- und Gewaltsituation in der JVA Straubing eingehen. Es scheint, dass die Sicherheit weder für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch für die Gefangenen gewährleistet ist.

In diesem Zusammenhang soll analog und umfassend auch über die Situation in allen anderen bayerischen JVAs berichtet werden.

Insbesondere sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Ist es zutreffend, dass die Droge „Spice“ seit einiger Zeit die JVA Straubing scheinbar unkontrolliert überschwemmt und weder detektiert werden noch beim Nutzer nachgewiesen werden kann? Wie verhält sich dies in den anderen bayerischen JVAs (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs, Zahlen der Vorfälle etc.)?
- Sofern dies in der JVA Straubing so zutrifft, wurden dann konkrete (Gegen-)Maßnahmen ergriffen und falls ja, welche? Sofern sich die Situation in anderen bayerischen JVAs vergleichbar darstellt, gilt es auch hier über die jeweils konkret ergriffenen Maßnahmen, insbesondere auch seitens des Staatsministeriums, zu berichten.
- Welche Erkenntnisse liegen im Hinblick auf den illegalen Handel und illegalen Konsum der genannten Droge, aber auch anderer Drogen, in der JVA Straubing und auch in allen anderen bayerischen JVAs vor und welche Maßnahmen werden dagegen ergriffen?
- Im Hinblick auf die Verbreitung von Drogen in der JVA Straubing wird scheinbar von Bediensteten von einer Quote von mindestens 70 Prozent aller Gefangenen gesprochen. Kann die Staatsregierung dies bestätigen und welche Maßnahmen werden an dieser Stelle ergriffen? Wie verhält sich die Situation in den anderen bayerischen JVAs und welche Maßnahmen werden jeweils dort ergriffen?
- Welche Erkenntnisse liegen zu Gewalttaten unter Drogenabhängigen in der JVA Straubing vor (Anzahl, Häufigkeit etc.)? Wurden bzw. werden hier auch unbeteiligte

Gefangene in Mitleidenschaft gezogen? Scheinbar soll die JVA Straubing bei Einschränkungen oder Antragsablehnungen mit dem Argument arbeiten, dass unbeteiligte Gefangene erpresst werden könnten, ist dies zutreffend? Und falls ja, was gedenkt die Staatsregierung hier für Konsequenzen zu ziehen, insbesondere auch zum Schutz der unbeteiligten und nicht süchtigen Gefangenen?

- Welche Erkenntnisse liegen zu Gewalttaten unter Drogenabhängigen in den anderen bayerischen JVAs vor (Anzahl, Häufigkeit etc.)? Wurden bzw. werden auch dort unbeteiligte Gefangene in Mitleidenschaft gezogen? Was gedenkt die Staatsregierung für Konsequenzen zu ziehen, insbesondere auch zum Schutz der unbeteiligten und nicht süchtigen Gefangenen?
- Gab es in diesem Zusammenhang in der JVA Straubing auch Übergriffe bzw. Gewalt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschreibung der Vorkommnisse etc.)? Falls ja, welche Konsequenzen wurden hier gezogen?
- Welche Erkenntnisse und Vorkommnisse gibt es in den anderen bayerischen JVAs im Hinblick auf Übergriffe bzw. Gewalt gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beschreibung der Vorkommnisse etc.)? Welche Konsequenzen wurden hier jeweils gezogen bzw. was konkret tut das Staatsministerium?
- Nach den uns vorliegenden Informationen sollen Bedienstete in der JVA Straubing, die sich beruflich mit den drogensüchtigen Gefangenen zu beschäftigen haben, aufgrund der Umstände um Bereichswechsel gebeten bzw. Entsprechendes vollzogen haben. Ist dies zutreffend und falls ja, was gedenkt die Staatsregierung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tun? Gibt es vergleichbare Fälle in den anderen bayerischen JVAs und welche Konsequenzen wurden dort jeweils gezogen, insbesondere auch seitens des Staatsministeriums?
- Im Hinblick auf Handys kursieren in der JVA Straubing scheinbar Gerüchte, wonach Bedienstete mitinvolviert wären und beim Hineinbringen in die JVA mitverdienen würden. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung hier vor und welche Maßnahme wurden bzw. werden ergriffen – sofern dies zutreffend sein sollte? Liegen vergleichbare Informationen aus den anderen bayerischen JVAs vor und falls ja, welche Maßnahme wurden bzw. werden dort ergriffen?
- Vor dem Hintergrund der berichteten Situation soll weiter berichtet werden, wie sich die Personalausstattung in der JVA Straubing in allen Funktionsbereichen darstellt. Wie stellt sich entsprechend die Personalsituation in allen anderen bayerischen JVAs dar (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs)?
- Wie viele Beamtinnen und Beamte fehlen seit wann in der JVA Straubing? Wie verhält sich dies in den anderen bayerischen JVAs (bitte aufgeschlüsselt nach JVAs)?
- Wie stellen sich die krankheitsbedingten Fehlzeiten in der JVA Straubing im Vergleich zu anderen JVAs dar (bitte vergleichende Aufschlüsselung der Fehlzeiten aller bayerischen JVAs)?

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Gegenstimmen? – Es liegen keine vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, gebe ich bekannt, dass der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration in seiner Sitzung vom 20. Juni 2024 die Anträge auf Aufhebung der Immunität von zwei Mitgliedern des Landtages beraten und in beiden Fällen die Aufhebung der Immunität befürwortet hat. Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Ich lasse zunächst über die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf der Drucksache 19/2667 abstimmen.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Bei der AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Die Immunität ist aufgehoben.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 19/2668.

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

- Das ist die zweite Aufhebung der Immunität. Darüber wird getrennt abgestimmt. Es handelt sich um die Drucksache 19/2668. Wer ist dafür? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER und CSU. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen.
- AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Liegen nicht vor. Die Immunität ist in dieser Sache ebenfalls aufgehoben.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Auf der Ehrentribüne möchte ich die Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, Frau Piwernetz, begrüßen, die den Beratungen zum Antrag des ORH auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltssrechnung 2022 für den Einzelplan 11 beiwohnt. – Ich freue mich, dass Sie hier sind, herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt werden

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
 - Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 - Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshof vom 17. Mai 2024
(Vf. 6-VII-24) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der § 24 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a und b des Jugendmedienschutz-
Staatsvertrags (JMStV) vom 13. September 2002 (GVBl. 2003 S. 147,
BayRS 02-21-S), der zuletzt durch Art. 2 des Vertrages vom
14. Dezember 2021 (GVBl. 2022 S. 313, 396) geändert worden ist

PII-3001-2-4-1
Drs. 19/2540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	----------------------------	--------------------------	--------------------------

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshof vom 21. Mai 2024
(Vf. 26-III-24) betreffend Antrag
auf die Gültigkeit der Landtagswahl 2023

PII-3001-2-5-1
Drs. 19/2541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn,
Holger Grießhammer u.a. SPD
Drogenproblematik in bayerischen Justizvollzugsanstalten?
Drs. 19/1565, 19/2568 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leben retten – Aktionstag für Wiederbelebungsmaßnahmen
an bayerischen Schulen etablieren
Drs. 19/1577, 19/2576 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	[ENTH]	<input type="checkbox"/>	[ENTH]
--------------------------	--------------------------	--------	--------------------------	--------

5. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Bericht zur Frühsexualisierung in Bayerns Kindertageseinrichtungen
Drs. 19/1781, 19/2567 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Neutralität der Justiz stärken – Weisungsgebundenheit
von Staatsanwaltschaften abschaffen!
Drs. 19/1817, 19/2612 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Freie Heizungswahl und günstige Wärmeversorgung statt
planwirtschaftlicher Wärmewende! Bayerns Gasnetz erhalten!
Drs. 19/1920, 19/2608 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze,
Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Runter vom Bremspedal! Für Bildungsgerechtigkeit
mit voller Kraft beim Startchancen-Programm durchstarten!
Drs. 19/1921, 19/2573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Zurück zum Wettkampfcharakter bei den Bundesjugendspielen für die Grundschulklassen
Drs. 19/1923, 19/2610 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landkreise für den Mangel an staatlichem Personal in den Landratsämtern kompensieren
Drs. 19/1976, 19/2578 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Benjamin Nolte, Ferdinand Mang und Fraktion (AfD)
Verpflichtende Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten
Drs. 19/1996, 19/2607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schwimmfähigkeit der Kinder und Jugendlichen in Bayern verbessern: Schwimmklagen analog der Skilagen als schulische Angebote
Drs. 19/2008, 19/2575 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Einheitliche beA-Nutzungspflicht zur Effizienzsteigerung der Kommunikation im Rechtsverkehr
Drs. 19/2033, 19/2613 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern ab 18 Jahren
Drs. 19/2034, 19/2570 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

15. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre
Drs. 19/2037, 19/2571 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Demokratie schützen I – Bericht über Angriffe auf Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Vorfeld der Europawahl
Drs. 19/2042, 19/2599 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Demokratie schützen II – Sofortprogramm Demokratisch jetzt umsetzen!
Drs. 19/2043, 19/2600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hüting, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU Ausbau und Stärkung der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“
Drs. 19/2162, 19/2611 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH